der säumigen Schuldner, wurde in der Generaldebatte im Zeichen der allgemeinen Zurückhaltung und der Bemühungen, jede neuerliche Verschärfung zu vermeiden, nur mehr oder weniger vage angesprochen, von den meisten Rednern überhaupt vermieden.

Wirtschaftsfragen, Welthandelsorganisation, Entwicklungshilfe

Die sich ausweitende wirtschaftliche und soziale Tätigkeit der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen war Gegenstand fast aller Reden in der Generaldebatte.
Im Vordergrund stand die neue Welthandelsorganisation (UNCTAD), deren Arbeitsbeginn zweifellos das wichtigste Ereignis des abgelaufenen Jahres auf diesem Gebiet darstellt und die den Bereich internationaler Arbeit zukünftig beträchtlich erweitert. Entwicklungshilfe und Stabilisierung der Rohstoffpreise waren andere Themen. Viele Entwicklungsländer sowohl Afrikas als auch Lateinamerikas beklagten die ständigen Schwankungen der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten und die dadurch hervorgerufene wirtschaftliche Unsicherheit dieser Länder. Vielfach wurde von einer Regellosigkeit der internationalen Märkte gesprochen. Die Industrieländer betonten ihre Bereitschaft zur Fortsetzung und Intensivierung der Entwicklungshilfe und der Zusammenarbeit in der neuen Welthandelsorganisation. Aber manche hatten ein Wort der Vorsicht über die Möglichkeiten und betonten unter anderem auch die Notwendigkeit verstärkter Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer.
Bezüglich der Errichtung eines Kapitalfonds für Entwicklung entsprachen die Äußerungen denen der Vorjahre: von fast allen Entwicklungsländern, von einigen europäischen und den meisten Ostblockländern wurde die Errichtung eines solchen Fonds erneut gefordert. Die großen Industriestaaten verhielten sich weiter zurückhaltend und verwiesen im übrigen auch auf die Grenzen ihrer eigenen Leistungsfähigkeit.

V. Arbeitsbeginn der Vollversammlung

Apartheid, Südrhodesien und andere Kolonialfragen

Diese Themen hatten schon in der Generaldebatte breiten Raum eingenommen. Es gab in ihr, mit Ausnahme des südafrikanischen Außenministers Mueller, der, nachdem alle Afrikaner und Asiaten den Saal verlassen hatten, vor der halbleeren Halle sprach, keinen Redner, der die *Apartheid* oder die Haltung *Portugals* bezüglich seiner afrikanischen *Territorien* verteidigt hätte. Die ablehnenden Stellungnahmen waren freilich verschieden. Die Entschlossenheit, mit der die Afrikaner und Asiaten, selbstverständlich auch die Kommunisten, die Apartheid angriffen und Sanktionen des Sicherheitsrates forderten, wurde insgesamt jedoch noch entschiedener.
Von allen Kolonial- und Rassenfragen war *Südrhodesien* die aktuellste und beunruhigendste. Die meisten Redner sprachen sich für den stärkstmöglichen Druck aus, um die zu erwartende einseitige Unabhängigkeitserklärung der Regierung Ian Smith zu verhindern. Die Südrhodesien-Frage kam bereits während der Generaldebatte aufgrund eines Berichts des Treuhandausschusses[2] auf die Tagesordnung des Plenums und führte am Ende einer von Spannung und Leidenschaft gekennzeichneten Debatte zu einer Warnungsresolution an die Adresse Südrhodesiens. Die Debatte fand am 12. Oktober statt, in einer kritischen Situation also, in der alle Versuche der britischen Regierung, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung zu verhindern, bereits gescheitert zu sein schienen. Zum ersten Male erklärte sich die USA-Delegation, die sich bei den bisherigen derartigen Entschließungen der Stimme enthalten hatte, für den vorgelegten Text mit dem Tenor einer deutlichen Verurteilung der südrhodesischen Regierung. Diese Erklärung war vor allem als Warnung an die Regierung Smith gedacht. Goldberg sagte, die USA würden ein durch einseitige Erklärung ›unabhängig gewordenes Rhodesien nicht anerkennen‹.
Die Entschließung[3] wurde mit allen gegen die Stimmen Südafrikas und Portugals angenommen. Frankreich enthielt sich als einziges Land der Stimme, weil es jede Einmischung in innere Angelegenheiten eines Landes grundsätzlich ablehnt. Großbritannien nahm an der Abstimmung nicht teil; es hielt seine Bedenken gegen die Zuständigkeit der UN in dieser Frage und wegen der komplizierten verfassungsrechtlichen Situation aufrecht.
Die Entschließung ›verurteilt‹ jeden Versuch der südrhodesischen Regierung, mit ›illegalen Mitteln‹ die Unabhängigkeit an sich zu reißen, um die Minderheitsherrschaft in Südrhodesien zu verewigen. Großbritannien wird aufgefordert, eine etwaige Unabhängigkeitserklärung und ein Regime der weißen Minderheit nicht anzuerkennen, nach Möglichkeit eine derart einseitige Erklärung zu verhindern und einer solchen ›Rebellion‹ gegen seine Oberhoheit ein Ende zu bereiten, statt dessen vielmehr die Macht im Lande einer Regierung zu übertragen, die der Mehrheit des Volkes entspricht.
Noch einmal, am 5. November, wurde *Südrhodesien* im Plenum aufgrund eines vom Treuhandausschuß gefaßten Be-

Fortsetzung Seite 206

Deutschland vor der 20. Vollversammlung

Erfreulicherweise hat auch in der diesjährigen Generaldebatte der Vollversammlung die deutsche Frage eine beachtliche Rolle gespielt. Zwar stand die Debatte allgemein im Zeichen der Konflikte in Vietnam und Kaschmir und der Diskussion um die alte Frage der Vertretung Chinas in der Weltorganisation. Auch widmeten viele Redner der Abrüstung breiten Raum. Jedoch ist die deutsche Frage weit häufiger genannt worden, als nach den Erfahrungen des Vorjahres zu erwarten war.
Von den insgesamt 101 Rednern in der Generaldebatte haben sich 35 direkt oder indirekt mit der Deutschland- und Berlin-Frage auseinandergesetzt. (Im Vorjahr 28 von insgesamt 86 Sprechern.) Deutlich zugenommen hat der Anteil der Erklärungen, die unsere Forderung nach Wiedervereinigung in Freiheit unterstützen: 22 Redner bezeichneten das Deutschland-Problem als Gefahr für den Weltfrieden, verurteilten die Teilung Deutschlands und setzten sich für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ein. (1964 hatten nur 16 Sprecher unser Anliegen vertreten.)
Diejenigen, die Deutschland nicht erwähnten, unterließen es aus den verschiedensten Gründen. Zum Teil sahen sie andere Fragen als drängender an. Für die *USA*, die die deutsche Frage ebenfalls nicht erwähnten, mag der Grund gewesen sein, daß sie im Hinblick auf die von ihnen aufrechterhaltene ausschließliche Vier-Mächte-Verantwortung die Generaldebatte nicht für den richtigen Platz einer Diskussion der deutschen Frage ansahen, jedenfalls nicht in einem Augenblick, in dem in Mitteleuropa relative Ruhe herrschte. Bemerkenswert ist das Schweigen der *Vereinigten Arabischen Republik* und anderer *arabischer Länder* zu Deutschland: sie sahen, obwohl sie wegen der Anerkennung Israels durch die

Bundesrepublik die diplomatischen Beziehungen zu ihr abgebrochen haben, keine Veranlassung, sie anzugreifen oder gar die deutsche Frage im Sinne der Sowjetzone zu behandeln, auch nicht nach dem Ulbricht-Besuch in der VAR, mit dem seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt wurde. Zu den erwähnenswerten Nichterwähnungen gehört auch *Jugoslawien*, das nach dem aufgebauschten Staatsbesuch Titos in der Sowjetzone für diese kein Wort in der Generaldebatte fand.

Europa und Deutschland

Die wichtigsten Äußerungen über Deutschland in der Generaldebatte fielen im Zusammenhang mit der allgemeinen europäischen Entwicklung. Es waren zwei Nachbarn der Bundesrepublik, die sich hierzu äußerten.

Der *französische* Außenminister Couve de Murville sagte, daß in Europa alles in der Schwebe bleibe, solange das deutsche Problem keine Lösung fände. Er betonte die Notwendigkeit der Wiedervereinigung und verwies auf ihren engen Zusammenhang mit der europäischen Sicherheitsfrage. Die Wiedervereinigung werde nur durch eine Gesamtlösung ›zwischen Ost und West‹ zustandekommen. Lediglich im Rahmen eines ›wohlfundierten europäischen Sicherheitssystems‹ könnte sie möglich werden. Die Gedanken waren nicht neu. Vor allem Präsident de Gaulle hatte sie schon mehrfach geäußert. Aber nun wurden sie durch den Außenminister erstmals der Weltorganisation unterbreitet. Sie waren eine Bekräftigung der französischen Kontakte und der wirtschaftlichen Annäherung an die osteuropäischen Nationen und die Sowjetunion. Immerhin wurde die unlösbare Verbindung von gesamteuropäischer Entspannung mit gesamteuropäischem Sicherheitssystem auf der einen und der deutschen Wiedervereinigung auf der anderen Seite vor den Delegierten aller Weltteile, wenn auch in französischer Sicht, deutlich gemacht.

Auch der *österreichische* Außenminister Kreisky sprach von europäischer Entspannung. Er betonte mit Genugtuung, daß Europa gegenwärtig nicht im Vordergrund der Sorgen der Welt stünde, aber die relative Ruhe in Europa könne nicht als gesichert angesehen werden, solange das deutsche Problem ungelöst sei. In seiner vielbeachteten Rede prägte Kreisky das Wort vom ›Fortschritt Europas zur Stabilisierung‹, einer Stabilisierung, die ohne die Lösung des Deutschland-Problems nicht möglich sei.

Die kommunistischen Angriffe gegen die Bundesrepublik

Die unfreundlichen Stellungnahmen zur Deutschland-Frage stammten in diesem Jahr ausnahmslos von den kommunistischen Staaten. Das ist insofern bemerkenswert, als in früheren Jahren auch zahlreiche uns wohlwollende Staaten sich die östlichen Forderungen nach einem Friedensvertrag und einer Freien Stadt Berlin zu eigen gemacht hatten.

Der *sowjetische* Außenminister Gromyko verfolgte die deutsche Frage auf zwei üblichen Linien, beide mit Attacken gegen die Bundesrepublik. Sie klangen, dem gemäßigteren Ton seiner ganzen diesjährigen Rede entsprechend, weniger scharf als in früheren Jahren, blieben in der Sache selbst aber unerbittlich. Sein Hauptthema bei der Behandlung der deutschen Frage war der angebliche ›nukleare Appetit‹ der ›revanchelüsternen‹ führenden deutschen Kreise. Gromyko bekämpfte jede Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Entscheidungen innerhalb der NATO und machte die Fernhaltung der Bundesrepublik von jedem ›Zugriff‹ zu Atomwaffen sowie die Beseitigung aller Pläne für eine MLF oder ANF unter deutscher Beteiligung zu einer Vorbedingung für das Zustandekommen eines sonst als dringend notwendig bezeichneten Kernwaffensperrvertrages. Der Entwurf für einen solchen Sperrvertrag, den Gromyko umriß, zielte im wesentlichen darauf, nicht nur die MLF, sondern auch andere atomare Pläne innerhalb der NATO zu verhindern. In diesem Zusammenhang erneuerte Gromyko seine Angriffe gegen die angeblichen expansionistischen Bestrebungen der Bundesregierung. Die zweite Frage, die Gromyko im deutschen Teil seiner Rede ansprach, war die europäische Sicherheit. Er wiederholte die bekannte Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag, dessen Abschluß der ›springende Punkt der europäischen Sicherheit‹ bleibe.

Die *anderen kommunistischen* Reden in der Generaldebatte waren ähnlich. Die Redner der *Ukraine* und *Weißrußlands* äußerten sich schärfer als der sowjetische Außenminister. Die Tendenz jedoch war die gleiche. Die schärfste anti-deutsche Rede der europäischen Kommunisten hielt wieder, wie in den letzten Jahren, der *tschechoslowakische* Außenminister David. Er wiederholte die Beschuldigungen gegen die ›revanchistischen Organisationen‹. Mit zwei Sätzen deutete David allerdings auch die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik an. Der stellvertretende *polnische* Außenminister Joseph Winiewicz folgte zwar der allgemeinen kommunistischen Linie von den zwei deutschen Staaten und dem angeblichen Wunsch der Bundesrepublik nach Atomwaffen. Aber in seinen Formulierungen versuchte er Schärfe zu vermeiden und sprach von der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Aufnahme Deutschlands in ein kollektives, europäisches Sicherheitssystem und von der Notwendigkeit, die »in der Bundesrepublik bestehenden Friedenskräfte zu stärken«. Der *ungarische* Außenminister Janos Peter hielt sich trotz Angriffen gegen die ›deutsche Expansion‹, die eine Bedrohung des Ostens wie des Westens sei, in ähnlichen Grenzen wie sein polnischer Kollege. Die Hauptursache der europäischen Besorgnisse sei die deutsche Frage. Die deutsche Spaltung sei gegenwärtig eine ›soziale und historische Notwendigkeit‹. Sie sei nicht das Grundproblem. Auf der Grundlage der Existenz zweier deutscher Staaten könne ein Ausgleich und schließlich sogar die Grundlage für die Wiedervereinigung gefunden werden. Die Gefahr komme nur von den ›politischen und militärischen Sehnsüchten‹ einiger Mitglieder der regierenden Kreise der Bundesrepublik. *Bulgarien* und *Rumänien* zeigten vergleichsweise große Zurückhaltung, hielten zwar an der Zweistaatentheorie fest, distanzierten sich in der Form dennoch merklich von der übrigen harten kommunistischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik.

Es verdient vermerkt zu werden, daß kein *afrikanischer* oder *blockfreier* Staat der kommunistischen Linie folgte. Hierfür ist auch ein beredtes Zeichen das Schweigen von Ländern des ›linken Flügels‹ der Afrikaner, wie Algerien, Mali und Guinea.

Verständnis und Sympathie für Deutschland

Viele Redner der Generaldebatte brachten Verständnis und Sympathie für die Bundesrepublik und ihr Streben nach Wiedervereinigung zum Ausdruck. Es war symbolisch, daß bereits der erste Redner, *Brasilien*, das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk verlangte. Er sagte:

»Brasilien tritt entschieden für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts aller Völker ein. In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz ist es unser Wunsch, daß dem deutschen Volk das Recht gewährt wird, seinen Willen zur Wiedervereinigung in freien Wahlen zum Ausdruck zu bringen.«

Auch andere *lateinamerikanische* Länder, die sich im allgemeinen mit Erklärungen zum Deutschland-Problem sehr zurückhielten, haben, wie *Argentinien*, das sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Bundesrepublik nicht Mitglied der Vereinten Nationen sei, die deutsche Frage erwähnt. Fast alle traten jedoch für das Selbstbestimmungsrecht ein.

Hinweise auf die Notwendigkeit, das Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen, fanden sich auch in vielen *afrikanischen* und *asiatischen* Reden, die dabei allerdings vor allem an Probleme ihres eigenen Kontinents dachten, damit jedoch, gewollt oder ungewollt, die deutsche Forderung nach Selbstbestimmung unterstützten,

Einige *afrikanische* Länder wie *Dahome, Gabun, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Niger, Rwanda, Togo* und die *Zentral-*

afrikanische Republik sprachen mit Verständnis über Deutschland und haben – unter Betonung der Vier-Mächte-Verantwortlichkeit – in eindrucksvoller Weise die Forderung auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes erhoben.

Charakteristisch für die Stellungnahmen der afrikanischen Delegierten sind die Ausführungen des *gabunischen* Außenministers Engone, der auf das geteilte Deutschland als Bedrohung für die Stabilität und das Gleichgewicht in der Weltpolitik hinwies und erklärte:

»Das Selbstbestimmungsrecht ist einer der fundamentalen Grundsätze unserer Charta, ein Prinzip, dem wir mit aller Überzeugung anhängen. Gabun hält daher die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, die ihm von außen aufgezwungen wird, für ungerechtfertigt.«

Von den afrikanischen Rednern, die sich mit Deutschland befaßten, war die Rede des *marokkanischen* Außenministers Benhima vielleicht die bemerkenswerteste, nicht nur, weil er zu den angesehensten afrikanischen Diplomaten in der UNO gehört, sondern weil diese Stimme aus einem arabischen Land kam. In seiner wohldurchdachten Rede verurteilte Benhima die Spaltung Deutschlands als das Ergebnis jener »negativen Form des Realismus, die Nationen trennt und Völker auseinanderreißt«. Dieser ›negative Realismus‹ nähere sich seinem Ende und dies berechtige zu einer gewissen Hoffnung, daß im Rahmen einer neuen Kombination der Interessen der Großen die zerstörte Einheit Deutschlands wiederhergestellt würde.

Von den Stimmen aus *Asien* war die der *Philippinen* bemerkenswert, die eine deutsche Wiedervereinigung im Rahmen von Frieden und Sicherheit in Europa forderte.

Von den *Nato-Verbündeten* der Bundesrepublik betonten *Italien* und die *Türkei* die deutsche Forderung nach Wiedervereinigung.

Generalsekretär spricht von ›Beobachtern‹

In seinem politischen Bericht an die 20. Vollversammlung[1] wiederholte Generalsekretär U Thant Bemerkungen über ›Beobachter‹, wie er sie bereits in ähnlicher Form in seinem Bericht an die vorjährige Vollversammlung[2] gemacht hatte und die Diskussionen darüber ausgelöst hatten, ob die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ) aus ihnen die Hoffnung schöpfen könnte, über kurz oder lang zu den Beratungen der Vereinten Nationen in New York als ›Zuhörer‹ zugelassen zu werden. Die jetzigen Bemerkungen erregten geringere Aufmerksamkeit, weil sie mehr oder weniger eine Wiederholung waren. Trotzdem verdienen sie vermerkt zu werden, weil der Generalsekretär in ihnen nicht mehr nur von der Möglichkeit ›zuzuhören‹ sondern von ›Beobachtern‹ sprach, was vielleicht eine Erweiterung seines vorjährigen Vorschlages bedeutet. Der entsprechende Passus im Bericht des Generalsekretärs lautet:

»Sowohl die Situation in Vietnam als auch die Sackgasse bei der Abrüstung zeigen wieder einmal die gebieterische Notwendigkeit für die Vereinten Nationen, sobald als möglich die Universalität der Mitgliedschaft zu erlangen. Der politischen und sonstigen Schwierigkeiten, sie zu erreichen, bewußt, möchte ich den Vorschlag erneuern, den ich in der Einleitung zu meinem letzten Jahresbericht machte, nämlich bis dahin diejenigen Länder, die gegenwärtig nicht am Hauptsitz der Vereinten Nationen vertreten sind, in die Lage zu versetzen, mit der Weltkörperschaft Kontakt zu unterhalten, ihren Beratungen zuzuhören und auf diese Weise unmittelbarer von den Auffassungen der übrigen Menschheit beeinflußt zu werden. Ich habe in der Tat das Gefühl, daß die Erfahrungen der letzten zehn Monate den Gedanken verstärkt haben, den ich in dieser Angelegenheit im vergangenen November (1964) aussprach. Ich habe keinen Zweifel, daß den wahren Interessen des Friedens besser gedient würde, wenn man Nichtmitgliedstaaten ermutigte, Beobachter am Hauptsitz der Vereinten Nationen zu unterhalten, so daß sie in der Lage wären, die Strömungen und Gegenströmungen der Weltmeinung zu erfassen, die in so einzigartiger Weise in der Organisation zusammenfließen . . .«

Diese Bemerkungen des Generalsekretärs wurden zur Kenntnis genommen, hatten aber keinerlei sichtbare Folgen. In der Generaldebatte kam kein Redner auf sie zu sprechen. Auch gaben weder der Generalsekretär selbst noch einer seiner Sprecher eine ergänzende Erläuterung, aus der zu ersehen gewesen wäre, an welche Länder U Thant gedacht hat. Da U Thant von ›Staaten‹ gesprochen hat und die SBZ von der überwiegenden Mehrheit der UN-Mitglieder nicht als Staat anerkannt wird, ist die Frage immer noch offen, ob der Hinweis des Generalsekretärs sich überhaupt auf die Zone beziehen kann.

›Kein Staat‹

In diesem Zusammenhang ist eine Frage, die in der 20. Vollversammlung nach jahrelangen Diskussionen schließlich entschieden wurde, von Bedeutung für die Beurteilung der deutschen Frage und die Stellung der SBZ im internationalen Rechtsleben.

In Verbindung mit der nachträglichen Ratifizierung der unter den Auspizien des früheren Genfer Völkerbundes zustandegekommenen Verträge durch inzwischen neu entstandene Staaten war die Frage aufgetaucht, an welche ›Staaten‹ herangetreten werden solle. Der Generalsekretär hatte der Vollversammlung mitgeteilt, daß er der Aufforderung, ›alle Staaten‹ anzusprechen, nicht nachkommen könne, wenn sie nicht gleichzeitig definiere, was ein ›Staat‹ sei. Hierum ging im Rechtsausschuß der Vollversammlung seitdem der Streit. Schließlich sprach sich die Mehrheit dafür aus, daß sich der Generalsekretär an die Länder wenden solle, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder des Internationalen Gerichtshofes sind. Diese Formel wurde vom Ostblock angefochten.

Am 20. Oktober kam es im Rechtsausschuß darüber zu einer formellen Abstimmung. Sie bezog sich klar, auch im Bewußtsein der abstimmenden Delegierten, ohne daß sie besonders erwähnt worden wäre, auf die SBZ. Man wußte, daß einer der nächsten Schritte, die die Sowjetzone auf ihrem Weg in das internationale Leben zu erreichen wünschte, ein offizieller Brief des Generalsekretärs oder des Sekretariats an die ›Regierung der Deutschen Demokratischen Republik‹ wäre. Eine etwaige Aufforderung an die Zone zur Ratifizierung der Völkerbundverträge hätte eine solche Anschrift wahrscheinlich gehabt.

Der Rechtsausschuß der Vollversammlung beschloß in einer Abstimmung mit Namensaufruf über diesen Punkt mit 52 gegen 17 Stimmen bei 17 Enthaltungen[3] jedoch, die Formel ›alle Staaten‹ abzulehnen und die obengenannte Begrenzung, welche die Bundesrepublik ein- und die Sowjetzone klar ausschließt, zu verwenden. Die Abstimmung hat für die deutsche Frage Gewicht. Die Vollversammlung bestätigte am 5. November den Bericht[4] des Rechtsausschusses, in dem die vorstehende Abstimmung enthalten ist, mit 82 Stimmen bei 21 Enthaltungen[5].

Anmerkungen:

1 UN-Doc. A/6001/Add. 1 vom 20. September 1965.
2 Vgl. VN Heft 1/65 S. 12 ff.
3 UN-Doc. A/6088 vom 2. November 1965. – Das Ergebnis der Abstimmung ist für die Stellungnahme der einzelnen Mitgliedstaaten kennzeichnend. F ü r die Fassung »alle Mitglieder der UN, ihrer Sonderorganisationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und des Internationalen Gerichtshofes« stimmten 52: Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Guatemala, Haiti, Irland, Island, Israel, Italien, Jamaika, Japan, Kamerun, Kanada, Kolumbien, Kongo (Léopoldville), Luxemburg, Madagaskar, Malaysia, Mali, Mauretanien, Neuseeland Nicaragua, Niederlande, Nigeria, Norwegen, Obervolta, Österreich, Panama, Peru, Philippinen, Schweden, Senegal, Sierra Leone, Spanien, Südafrika, Thailand, Togo, Tschad, Uganda, Venezuela, Vereinigte Staaten; d a g e g e n 17: Algerien, Birma, Bulgarien, Indien, Irak, Jugoslawien, Kuba, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Syrien, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Arabische Republik, Weißrußland; S t i m m e n t h a l t u n g 17: Afghanistan, Äthiopien, Dahome, Ghana, Guinea, Iran, Kongo (Brazzaville), Kuweit, Liberia, Libyen, Marokko, Pakistan, Sambia, Tansania, Tunesien, Türkei, Zypern.
4 Siehe Anm. 3.
5 UN-Doc. A/RES/2021 vom 8. November 1965.